

Ziemlich viele Feinde

Philippinen: 90.000 Menschen auf der Flucht vor Militäroffensiven

Von Rainer Werning

Präsident Benigno Aquino III.
Foto: EPA/RITCHIE B. TONGO/dpa - Bildfunk

Der philippinische Präsident Benigno Simeon Aquino III. steht unter Druck. Freunde von einst kündigen die Gefolgschaft auf. Gruppierungen von rechts und links fordern seinen Rücktritt. Und das Friedensprojekt mit der Moro Islamischen Befreiungsfront (MILF) ist auf Eis gelegt. Statt dessen führen Regierungstruppen Krieg gegen die rivalisierende Bangsamoro Freiheitsbewegung (BIFM) und die Abu Sayyaf. Diese Gruppierungen, so hatte der Generalstabschef der Philippinischen Streitkräfte (AFP), General Gregorio Pio Catapang Jr., Ende Februar erklärt, möchte er bis zu seiner Pensionierung im Juli »aufgerieben« wissen. An zwei besonderen Fronten, in Zentralmindanao und auf der Insel Jolo, so der General, würden die AFP in »umfassenden Großoffensiven« gegen die Rebellen vorgehen. Letztlich dienten diese Angriffe dem Ziel, den Friedensprozess mit der MILF zu retten. Wie bereits mehrfach in der jüngeren Geschichte, ist es jedoch erneut die Zivilbevölkerung, die fliehen muss. Sie ist immer dann am stärksten gefährdet, wenn überschwenglich ein dauerhafter Frieden beschworen wird.

Seit Ende Februar befinden sich etwa 90.000 Menschen auf der Flucht, davon allein über 80.000 in den Provinzen Maguindanao und Nordcotabato auf Mindanao. Heftiger Artilleriebeschuss hat die meisten Menschen über Nacht mittellos gemacht. Ihr wenig Hab und Gut mussten die meisten Menschen zurücklassen. Die Behörden vor Ort fühlen sich überfordert und sind kaum in der Lage, die Betroffenen mit dem Notwendigsten zu versorgen. Hauptleidtragende sind die Kinder, die weder zur Schule gehen können noch ausreichend zu essen haben. Die Verbitterung darüber, dass der vor einem Jahr ausgehandelte Friedensvertrag zwischen Manila und der MILF einen Trümmerhaufen hinterlassen hat, sitzt tief. Derweil gibt sich der AFP-General Catapang siegessicher. Sprecher der 6. Infanteriedivision nahe der Stadt Cotabato und des Western Mindanao Command in Zamboanga City berichteten am Mittwoch von bislang 100 getöteten Rebellen und sechs umgekommenen Soldaten.

Im fernen Manila erlitt Präsident Aquino Mitte der Woche eine schwere Schlappe, als der Kongressabgeordnete und seit der Verleihung des alternativen Nobelpreises (2003) auch international renommierte Globalisierungskritiker, Walden Bello, sein langjähriges politisches Engagement für den Präsidenten aufkündigte. Bello warf Aquino vor, die Hauptschuld an der desaströsen Kommandoaktion zu tragen, die Ende Januar nach offiziellen Angaben 44 Polizisten, 18 Moro-Rebellen und sechs Zivilisten das Leben kostete. Der Einsatz, der zwei gesuchten Terroristen galt, hat zur neuerlichen Eskalation der Gewalt im Süden des Landes beigetragen.

Seit Anfang des Monats setzt sich das von zahlreichen säkularen und

kirchlichen Gruppen, fortschrittlichen Verbänden und NGOs getragene Linksbündnis »Noynoy Out Now (NOW!)« (»Noynoy« ist der Spitzname des Präsidenten – /RM/) für einen Volksrat als Übergangsregierung ein, dessen Mitglieder sich aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Sektoren rekrutieren sollen. Vorrangiges Anliegen dieses Gremiums soll sein, eine Wahrheitskommission einzuberufen, um die Schuldigen der Kommandoaktion vom Januar zur Rechenschaft zu ziehen. Anschließend soll laut dem Manifest von »NOW!« der Weg zu Wahlen geebnet werden, die der gängigen Patronagepolitik und Dominanz politischer Dynastien ein Ende setzen sollen. #